

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Preis pro Nr. 27

Gründungs- und 10. Jahrestag. Abonnementpreis pro Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren. Die Frau und ihre Welt, der bessere Alltag, Praktisches Wissen für alle, Unterhaltungsbeilage. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle späterer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Spang.

Die Millimeter-Anzeigen-Befehle kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Geschäfts- und Vereins-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Millimeterpreis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 40 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der am 1. Januar 1934 gültigen Preisliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstag bis 9 Uhr vormittags.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Hauptstiftungsleiter und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 40

Dienstag, den 3. April 1934

27. Jahrgang.

Arbeitsbeschaffungspolitik

Wirtschaft der Woche.

Oben, das Fest der erwachenden Natur und der Hoffnung auf die schöne Zeit des Sommers, hat gerade in diesem Jahre eine tiefere Bedeutung für das deutsche Volk. Es steht im Zeichen eines glücklichen und friedlichen Aufwachens, der begleitet wird von einer Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse. So ist Oben auch für das deutsche Volk das Fest des Erwachens und der zuversichtlichen Hoffnung auf glückliche Zeiten.

Einen Tag nach der Eröffnung der Arbeitsbeschaffungspolitik der Reichsregierung eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die sich organisch in den Rahmen der Arbeitsbeschaffungspolitik einordnen. Von diesen ist ganz besonders erwähnenswert das Gesetz zur Erhaltung und Hebung der Kaufkraft, das vor allen Dingen die Senkung der Arbeitslosenlöhne bei der kleinen Einkommen vorzieht. Eine Reihe führender Persönlichkeiten hat vor den Vertretern der ausländischen Presse über das Wesen und den Inhalt der deutschen Arbeitsbeschaffungspolitik Ausführungen gemacht. Damit ist dem Ausland Gelegenheit gegeben, die deutsche Arbeitsbeschaffungspolitik zu würdigen und die Erfolge zu verfolgen. Auch über die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsplanes hat von dem Reichsfinanzminister eingehende Erklärungen abgegeben worden. Nach einer einleitenden Kritik an der Arbeitsbeschaffungspolitik der früheren Regierung führte er aus: Die Finanzierung der deutschen Arbeitsbeschaffung kann selbstverständlich nicht aus ordentlichen Haushaltsmitteln erfolgen. Das hierzu nötige Geld wird „gepumpt“ und dann im Laufe der nächsten fünf Jahre zurückgezahlt. Diese Rückzahlung ist in jeder Weise sichergestellt, da die Arbeitsbeschaffung schon jetzt einen überraschend großen Erfolg gebracht hat und durch die steigende Wirtschaftsbelebung die Steuererträge ebenfalls erheblich steigen werden. Trotz dieser Verheißung der folgenden Jahre hofft der Reichsfinanzminister, die Einkommensteuer noch in diesem Jahre herabsetzen zu können.

Ein Beweis für die Vorteile, die eine starke Staatsführung bringt, ist die rasche Verabschiedung des Haushalts durch das Reichsministerium. Der Voranschlag für 1934/35 ist bei vorsichtiger Einlegung der Einnahmeposten mit rund 6.5 Milliarden ausgefallen. Die Reineinnahmen sind so niedrig angelegt, daß angesichts der Wirtschaftsbelebung in keiner Weise die Gefahr besteht, daß sie nicht erreicht werden könnten. Es ist sogar die Hoffnung durchaus gerechtfertigt, daß die Einnahmen erheblich über dem Voranschlag liegen. Das beweisen auch die Einnahmen des Monats Februar, die mit 501.2 Millionen RM um rund 117.3 Millionen RM die Einnahmen des Monats Februar 1933 übersteigen.

Es ist immer gut, bei der Beurteilung wirtschaftlicher Dinge auch einen Blick auf das Ausland zu werfen. Besonders aufschlußreich ist das bei den Vereinigten Staaten, die neuerdings gerade hinsichtlich der Staatsführung eine große Lehrstunde mit Deutschland aufweisen. Präsident Roosevelt hat gerade in wirtschaftspolitischen Dingen weitgehende Vollmachten, die eine sichere Gewähr für den Erfolg seiner Maßnahmen darstellen. Aber während einerseits in den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen immer größer wurde und zu strecken zu führen drohte, ist andererseits der Widerstand des Kongresses und der Industriekreise ein gefährliches Hindernis für den Erfolg seiner Maßnahmen. Daraus resultiert ein, welche große Rolle das Vertrauen spielt, das sowohl die deutschen Arbeiter wie die deutschen Unternehmer zu unserem Führer haben. Dadurch wird eine Einheitsfront und Schlagkraft der Staatsführung herbeigeführt, die allen Maßnahmen einen so großen Erfolg sichern, daß Deutschland bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der ganzen Welt an erster Stelle steht. Während bei uns die Arbeitslosenquote bei der 3 Millionenengrenze unterbleibt, ist sie in Amerika in der Zeit von September bis Januar nach einer zuversichtlichen Schätzung um 1 1/2 Millionen gestiegen, so daß sie jetzt rund 11.6 Millionen beträgt.

Mit welcher Energie unsere Regierung allen schwierigen Dingen auf den Leib rückt, zeigt sich augenblicklich wieder bei dem Problem der Rohstoffknappheit. Die Beschaffung der Rohstoffe ist eine Lebensfrage für die deutsche Wirtschaft und damit für das deutsche Volk. Sie ist jedoch nur möglich, wenn es gelingt, mit Hilfe einer erhöhten Ausfuhr das zur Bekämpfung der Rohstoffe notwendigen ausländische Geld zu bekommen. Aus diese Probleme geht der Reichsfinanzminister Dr. Schacht in einem Artikel der „Reichs-Mainischen Wirtschafts-Zeitung“ ausführlich ein und erklärt in diesem Zusammenhang, daß Deutschland es ablehnt, durch gefährliche Maßnahmen die Ausfuhrförderung zu erreichen, sondern daß durch eine Kleinarbeit die deutsche Rohstoffversorgung sichergestellt werden soll. Eine Abwertung der Reichsmark wurde von Dr. Schacht wiederum entschieden abgelehnt. Es ist auch auf dem Gebiete der Währung Deutschland auf dem richtigen Wege zu einer dauernden Wirtschaftsgesundung.

Roosevelts Zollreform

Vor neuen Handelsverhandlungen mit dem Ausland. Die Annahme des Zollreform-Gesetzentwurfes durch das Repräsentantenhaus hat in Washingtoner Regierungskreisen

größte Befriedigung ausgelöst. Sie wird als ein Beweis angesehen, daß die demokratische Fraktion in allen wirtschaftlich wichtigen Programmpunkten sich Roosevelts Führung auch weiterhin unterordnet, wenn sie auch in der Frage der Kriegsveteranen, die ihr eigenes Schicksal bei den kommenden Neuwahlen stark berührt, den Weisungen des Weißen Hauses nicht folgen zu können glaubte.

Die Regierung hofft, daß der Gesetzentwurf über die Zollreform jetzt auch vom Senat gebilligt werde. Zu diesem Zweck wird in Farmerkreisen eine starke Werbung für den Gedanken betrieben, daß die Landwirtschaft nur gedeihen könne, wenn dem Ausland Gelegenheit gegeben werde, seine Waren unter billigen Zöllen nach Amerika einzuführen und dadurch an Kaufkraft zu gewinnen, um amerikanische Farmererzeugnisse zu kaufen.

Nach der Verabschiedung des Gesetzentwurfes durch den Senat wird die Regierung mit den fremden Mächten Verhandlungen zum Abschluß zweier- und mehrseitiger Handels- und Zollverträge für eine vorläufige Dauer von drei Jahren aufnehmen. Das vom Repräsentantenhaus angehängte Verbot, eine Abwertung oder Streichung der Schulden vorzunehmen, stellt an sich nichts Neues dar, da der Kongreß bereits 1930 anlässlich des Hoover-Memoriums eine gleiche Entscheidung fällte. Roosevelt plante, den gesamten Fragenkomplex der Auslandsverpflichtung demnach in einer Sonderkommission zu behandeln, falls die Tagung des Kongresses dadurch nicht ungebührlich verlängert worden wäre. Da die Haltung des Kongresses in der Schuldenfrage, wie dieser Zulaß beweist, nach wie vor hartnäckig ist, besteht die Möglichkeit, daß die Schuldenfrage auch in dem gegenwärtigen Sitzungsabschnitt nicht mehr behandelt werden wird.

Doch Selbstmord Stavinsky

Das Ergebnis der nochmaligen Obduktion.

Im Pariser Leichenhaus fand die zweite Obduktion der Leiche Stavinsky statt. Diese Obduktion wurde auf Antrag des parlamentarischen Untersuchungsausschusses durchgeführt, der in den Filmaufnahmen, die in Chamonix gemacht worden waren, gewisse zweifelhafte Punkte entdeckt haben will, die die Möglichkeit offenlassen, daß der internationale Betrüger nicht an den Folgen eines einzigen Revolvergeschusses gestorben ist, sondern auch noch einen Brustschuß erhalten hat. In der Obduktion nahmen acht Gerichtsarzte und vier Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses teil.

In der im Anschluß daran herausgegebenen Verkaufsaufnahme heißt es, daß die Leiche nur eine einzige Schußwunde aufwies und der Befund der Einäschung keine andere Auslegung als Selbstmord ausschloß.

Die Leiche Stavinsky wurde nach der Obduktion auf dem Pariser Friedhof Père Lachaise endgültig beigesetzt.

Weitere Vernehmungen.

Der parlamentarische Ausschuss zur Untersuchung des Falles Stavinsky hat weitere Zeugnisaussagen entgegengenommen. Es wurden drei höhere Polizeibeamte über die Maßnahmen und Berichte vernommen, die die Tätigkeit Stavinsky zum Gegenstand haben.

Bemerkenswert war der Einwand eines dieser Beamten, der auf die Frage eines Ausnahmefalles, weshalb die Polizei Stavinsky denn nicht habe überwachen lassen, antwortete, wenn man jeden Verdächtigen, der vorläufig in Freiheit belassen sei, überwachen wolle, so brauche man dazu in Paris allein 18 000 Beamte; denn die Zahl dieser Personen betrage in Paris rund 3000. Gegen Stavinsky habe kein Haftbefehl vorgelegen, und die Polizei könne keine vorbeugenden Verhaftungen vornehmen. Erwähnenswert ist noch, daß das Arbeitsministerium auf eine polizeiliche Anfrage wegen der ungewöhnlichen Höhe des Umlages des Bagnonier Leihhauses erwiderte, es sei nach der Umwälzung in Spanien gar nicht erstauflässig, wenn in der Spanien nächstgelegenen französischen Stadt, also in Bayonne, viele Juwelen verpfändet würden.

Auch in Basel Stavinsky-Zuwelen?

„Petit Journal“ will erfahren haben, daß der Rest der Stavinsky-Schmuckstücke — ein Teil wurde bekanntlich im Leihhaus von Orleans, ein Teil in London entdeckt — sich in Basel befinden soll.

Kurienkardinal Ehrle gestorben

Rom, 1. April.

Der deutsche Kurienkardinal Ehrle ist im Alter von 89 Jahren gestorben.

Franz Ehrle ist am 17. Oktober 1845 in Jany (Mähren) geboren. Schon früh hat er der Gesellschaft Jesu beigetreten, so daß er im Oktober 1861 das 70-jährige Jubiläum seiner Zugehörigkeit zum Ordensorden begehen konnte. Kardinal Ehrle war mit dem gegenwärtig regierenden Papst Pius XI. durch jahrelange Zusammenarbeit eng befreundet. Er war von 1895 bis 1914 dessen Vizepräsident als Prälat der Vatikanischen Bibliothek. Ehrle wurde im Dezember 1922 vom Papst Pius XI. zum ersten Konfessorium dieser Bibliothek ernannt und später zum Bibliothekar der Apostolischen Stuhlverwaltung ernannt. Kardinal Ehrle war auch Mitglied der römischen Akademie der Wissenschaften und der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften. Man hat von seinen Arbeiten über die römische Frage abgesehen. Am bekanntesten sind seine historischen Studien.

Das Leben der Kirche

Bischof Dr. Bares spricht zu den Katholiken.

Berlin, 1. April.

In den zehn ältesten und größten katholischen Pfarrkirchen Berlins fanden in dieser Woche Predigten über aktuelle religiöse Fragen statt. Sie wurden abgeschlossen mit einer Predigt, die Bischof Dr. Bares in der St. Hedwigs-Kathedrale hielt und die von hier durch Fernpredigerübertragung auf Lautsprecher in die anderen Kirchen weitergegeben wurde. Auf dem Platz vor und um die Hedwigs-Kathedrale hatten sich gegen 20 000 Menschen angesammelt, um die Predigt des Bischofs zu hören.

Bischof Dr. Bares sprach über das innere und äußere Leben der katholischen Kirche.

Ohne Gerechtigkeit und Wahrheit, so sagte der Bischof u. a., kann die Welt nicht leben. Da der Mensch nun mit dem Negativen nie zufrieden ist und etwas Positives haben muß, werde es auch niemals einen Mittelweg geben zwischen Christus und dem Antichrist. Christus war und wird wieder sein die Rettung der Menschheit von dem Geist der Lüge und Grausamkeit, der Blutgier und Wollust. Die Kirche wird aus allem Leid auch in der heutigen Zeit triumphierend hervorgehen. Mit der Kirche Christi wird kein Gegner fertig. Glaubt man, sie zu Boden gedrungen zu haben, im nächsten Augenblick schon steht sie wieder ruhig, stolz und stark da, und die da glaubten, eine Grube gegraben zu haben, fallen selbst hinein.

Am Schluß der Rede sprachen die Zuhörer überall gemeinsam das Apostolische Glaubensbekenntnis.

Vor elf Jahren:

Der blutige Karfreitag 1923 in den Kruppwerken.

Essen, 1. April.

Zum ersten Male jährte sich am 31. März der blutige Karfreitag des Jahres 1923, an dem mitten in der Kruppischen Gussstahlfabrik 13 Werksangehörige durch französische Kugeln getötet wurden. Auf dem Ehrenfriedhof erinnert ein würdiges Denkmal an die Toten. Künftig wird auch an der Todesstätte die Erinnerung an die Gefallenen jenes Karfreitages 1923 durch eine Gedenktafel nachgehalten.

Bei der feierlichen Enthüllung der Ehrentafel, die unter Teilnahme der Werksleitung, des Betriebsrats, der Betriebsvertreter, von Angehörigen der Gefallenen und Verwundeten jenes Tages am Karfreitag erfolgte, führte

Dr. Krupp von Bohlen und Halbach

in seiner Ansprache u. a. aus: Elf Jahre sind verflossen seit jener unglückseligen Stunde, seit jener bösen Zeit, da fremde Bajonette unser Revier beherrschten. Ja, heute empfinden wir klarer das, was wir damals nur ahnen konnten, aus tiefstem Leid kommt auch die höchste Kraft. Gerade in der schwersten vaterländischen Not sind jene schöpferischen Kräfte erwachen, die seither zu Genug und Wiederaufstieg führten. So ist auch das Blutopfer unserer Werkskameraden ein Baustein zu Deutschlands Befreiung, zu Deutschlands Zukunft geworden. Der Redner übergab die Tafel in die Obhut der Kruppischen Werksgemeinschaft und schloß:

Die Tafel bleibe uns allen Mahnung zur vollen Pflichterfüllung im Dienste unserer Werks- und unserer Volksgemeinschaft. Lassen Sie uns in stillem Gedenken unsere Herzen und Sinne auf unsere gefallenen Kameraden lenken. Unauslöschlich bleibe die Erinnerung an die Toten, weil wir wissen: Auch sie „marschieren im Geist in unseren Reihen mit“.

Während das Lied vom guten Kameraden erklang, lenkten sich die Fahnen der NSD. Für die Beilegung sprach der Vorsitzende des Kruppischen Arbeiterrats Pg. Klammer, der an die furchtbare Zeit erinnerte, als französische Truppen in das Ruhrgebiet einbrachen und das Werk, in dem friedliche Arbeit geleistet wurde, unter mutwilliger Bedrohung besetzten.

Dachau — ein Musterlager

Anerkennender Brief des bayerischen Ministerpräsidenten.

Der bayerische Ministerpräsident beehrte eingehend das Konzentrationslager Dachau in allen seinen Teilen und Einrichtungen und anschließend daran die Räume und Einrichtungen der politischen und der Sicherheitspolizei. Unter dem Eindruck des Gesehenen hat der Ministerpräsident an den Kommandeur der Politischen Polizei, Reichsführer der SS., Himmler, einen anerkennenden Brief gerichtet.

Das Konzentrationslager Dachau, so heißt es in diesem Schreiben, sei zu einem Muster-Gefangenenlager ausgestaltet worden. Weiter werden das frische Aussehen der Gefangenen und die Qualität der Befolgung hervorgehoben. Als äußeres Zeichen seiner Anerkennung für die geleistete Arbeit bittet der Ministerpräsident, ihm hundert bedürftige SS.-Kameraden zu benennen, insbesondere solche, die im Dienste Schaden genommen haben oder die in familiären wirtschaftlichen Sorgen sind, um ihnen aus dem ihm für Notfälle von privater Seite zur Verfügung gestellten Mitteln eine Spende von je 50 Mark in Anerkennung ihrer Tätigkeit für die Allgemeinheit überreichen zu können.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 3. April 1934.

Offener am ersten April

Es war kein Aprilfest, sondern reale Wirklichkeit: Der Osterhase hatte sich den 1. April ausgeliebt, um seine bunten Eier in frühlingstauglicher und frühlingstauglicher Natur zu verstecken. Was niemand mehr nach den vorausgegangenen nebelgrauen und novemberlich feuchten Tagen mehr erwartet hatte, traf ein: Der diegealterte 1. April besaß eine so sonnige Osterfeier. Es mag wohl sein, daß manches Osterfest als lustiger Aprilscherz erwiesen hat, das vermochte nichts an der Freude dieses ersten 1. April zu ändern. Der April hat wegen seinen Wetterlaunen bekanntlich nicht gerade in bestem Ruf, er ist nach einem alten Bauernspruch: „ein Freier, er gibt Regen und Schnee her“. Aber die Weiterentwicklung, dieser feste Wechsel zwischen Regen und Sonnenschein ist wohl Vorbereitung auf ein gutes Wachstum; der April muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Winterkälte in der Natur aus dem Schale wecken und zu farbenfrohem und jugendlichen Frühlingstief anspornen. Denn der April ist ja der Vorläufer des Mai, der alles neu macht. Er fördert die ernste Arbeit der Natur, damit auch die letzten grauen Fäden, die hartnäckigen Ungeziehn und Falten vom langen Winter befreit und gelöst werden. Es ist eben in der Natur wie im Haushalt: Zum Frühlingstief muß gepußt, gelichtet, gelöst und gefegt werden! Dann geht's munter stämmig und wild her. Aber am Ende glänzt dann alles im herrlichen Frühlingstief. Der Landwirt braucht diese Erde und herbe Mühsal des April, denn „dünner April ist nicht des Bauern Will“, am Apriltag ist ihm „gelegen“. Und „Wenn der April bläst in sein Horn, steht es gut um Heu und Korn“. Er verdient es darum, eines der schönsten Festtage, das Osterfest, das Fest der Auferstehung allen Lebens, zu seinen Glanztagen zu zählen. Daß er diesmal damit gleich seinen Einzug hielt, beweist die gute Kameradschaft, die die Monate zueinanderhalten: der März hatte gut vorgearbeitet, damit kein Nachbar April freundlich von der Menschheit empfangen wurde. Und sie hat es aus frohem Herzen getan, hat fröhliche Ostern gefeiert und sich in junger Frühlingssonne der auferstehenden Natur gefreut. Sie geht mit neuer Hoffnung einem verheißungsvollen neuen Frühling entgegen.

× Eisenbahnjubiläum. Am 1. April d. J. feierte Eisenbahndirektor Wilhelm Reich von hier ein doppeltes Dienstjubiläum. Herr Reich ist bereits im Jahre 1904 in den Dienst der Eisenbahn eingetreten und somit 30 Jahre bei der Eisenbahn tätig. Im Jahre 1909 kam er in das Beamtenverhältnis, so daß er gleichzeitig das 25jährige Beamtenjubiläum begehen kann.

× Bestandene Prüfung. Herr Oskar Biegung, ein Sohn unserer Stadt, hat in Oranienburg die Gartenbau-Schulprüfung mit gutem Erfolg abgelegt. Wir gratulieren.

△ Die ganze Nation hinter dem Reichsbewußtsein der Jugend! Gauleiter Ruchessen Weinrich: „Die Zeit des bedingungslosen politischen Kampfes ist vorüber. Neben die Befähigungsbildung stellen wir den Leistungswillen. Nach einem Jahr nationalsozialistischen Staates stehen wir mitten im Aufbau für das Dritte Reich. Im Zeichen dieses Aufbaues soll der Reichsbewußtseinkampf ein Mittel sein, die gesamte Jugend und die Nation auf die außerordentliche Bedeutung guter Berufsausbildung hinzuweisen. Der Berufswettstreit muß wegen seiner national-politischen Bedeutung zur Sache des ganzen Volkes werden. Erziehung zu ordentlicher und einwandfreier Arbeit macht Gewissenhaftigkeit und Ehrlichkeit zum wesentlichen Bestandteil des Charakters. Durch diese Erziehung wird einst deutsche Arbeit in der Welt führend werden.“

× Bekämpfung der Schwarzarbeit. Der preussische Minister des Inneren hat auf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes mit Wirkung für das ganze Land Preußen folgende Polizeiverordnung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erlassen: „Wer Personen, von denen er weiß oder wissen muß, daß sie Erwerbslosenunterstützung beziehen, gegen Entgelt beschäftigt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 RM., in besonders schweren Fällen mit Haft bis zu 2 Wochen bestraft. Diese Polizeiverordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft und am 1. April 1934 außer Kraft.“

× Hausordnung und Aufsicht. Zu dem neuen Eingetragenenverbot gehört eine Hausordnung, die aber nicht einheitlich geregelt worden ist; sondern jeweils den örtlichen Verhältnissen angepaßt wird. Auch die Hausordnung muß von dem gleichen Geist befeuert sein, wie er im Einheitsmietvertrag seinen Niederschlag gefunden hat. Die Hausordnung enthält die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Hause notwendigen Vorschriften. Außerdem ist auf Anordnung des Reichsministers der Luftfahrt eine Bestimmung aufzunehmen, wonach in den Bodenräumen leicht entzündliche Gegenstände wie Pappmaterial, Papier- und Zeitungspakete, Matratzen, Strohlöße, Lumpen, alte Kleider, alte Polstermöbel, Kleingeräte (mit Ausnahme von Taubenkäfigen) und andere Futtervorräte nicht vorhanden sein dürfen. Größere Gegenstände, wie Möbelstücke, Kleider, die nicht anderweitig aufbewahrt werden können, müssen so aufgestellt werden, daß die Wände, insbesondere alle Ecken und Winkel überflüssig und zugänglich sind. Kleinere Gegenstände, Kleider, Wäsche usw. dürfen nur in geschlossenen Kästen und Truhen aufbewahrt werden.

Von gestern bis heute

25 Jahre Gesamtstadt Saarbrücken-St. Johann. Am 1. April dieses Jahres jährt sich zum 25. Male der Tag der Vereinigung der früheren Eingeländte Saarbrücken, St. Johann und Malstatt-Burbach zu einer Gesamtgemeinde. Der im Jahre 1909 vorgenommene Zusammenstoß bedeutete aber im Grunde nur die Wiederherstellung einer Verwaltungseinheit, die vorher schon über 500 Jahre, nämlich vom Erlaß der Freiheitsbriefe im Jahre 1321 bis zum Jahre 1859 bestanden hatte. Die Städte waren also nur 50 Jahre, von 1859 bis 1909, getrennt.

Zunahme der Ruhrerkrankungen in Möllersdorf.

Die Ruhrerkrankungen im Möllersdorfer Konzentrationsschlager mehrten sich. Nimmehr ist auch der frühere Bundesrat Schattentrog an Ruhr erkrankt und wird dieser Tage in das Epidemie-Spital überführt. Man hat im allgemeinen mit einer größeren Anämie für politische Gefangene zu den Osterfesttagen gerechnet. Wie nun aber das christlichsozialistische „Neuzeitungsblatt“ mitteilt, wird eine größere Anämie erst im Hochsommer erfolgen. Gleichzeitig wird bekannt, daß aus den Landesstrafgerichten in Wien 250 sozialdemokratische Schuldlinge freigelassen wurden.

Beschwerde des Rabinerverbandes.

Vor der Gemischten Kommission für Oberösterreich kam die Beschwerde des Rabinerverbandes aus Deutsch-Oberösterreich zur Verhandlung. Die Beschwerde richtet sich gegen das von der deutschen Regierung erlassene Verbot der rituellen Schlägerei. Die Beschwerdeführer waren durch Rabiner Dr. Gollink aus Beuthen und durch zwei Rechtsanwälte aus Deutsch-Oberösterreich vertreten. Die Entscheidung der Gemischten Kommission wird, wie üblich, den Parteien auf schriftlichem Wege zugestellt.

Keine Meistbegünstigung zwischen Frankreich und Schweiz.

Das französische Außenministerium gibt bekannt, daß die französisch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen, die zum Abschluß geführt wurden, die Abschaffung der im alten Abkommen vorhandenen unbedingten und bedingungslosen Meistbegünstigungsklauseln vorsehen. Außerdem seien die festen Zölle aufgehoben worden und es sei außerdem eine besondere Lizenzsteuer eingeführt. Das neue Abkommen tritt am 1. April in Kraft.

„Deutsche Handelskammer für Italien“.

Die Jahresversammlung der deutsch-italienischen Handelskammer in Mailand beschloß, den Namen in „Deutsche Handelskammer für Italien“ abzuändern. Der vom Syndikat der Kammer, Dr. Graeff, erstattete Jahresbericht läßt die stets wachsende Bedeutung des Unternehmens im deutsch-italienischen Handelsverkehr erkennen. Im letzten Jahre hat sich die Kammer in besonderem Maße der Einzelarbeit widmen können, da große Wirtschaftsverhandlungen nicht stattfanden.

Der bevorstehende Besuch Swichs in London.

Zu dem Besuche des italienischen Unterstaatssekretärs Swich am 23. April in London als Erwiderung des römischen Besuches Macdonalds und Simons schreibt der „Daily Telegraph“, man glaube, daß Swich der britischen Regierung auseinanderlegen werde, die letzte französische Note erlaube nach Ansicht der italienischen Regierung keinen weiteren Fortschritt auf dem durch den britischen Abfertigungsplan gekennzeichneten Wege; irgendwelche Aussichten biete nur noch der italienische Plan.

Ein Schlageterhahn am Ehrenmal Schlageters. Eine wilde Umgehung des Ehrenmals im Goldheimer Heide beabsichtigt die Düsseldorf Stadtverwaltung zu schaffen. Ein Parkgelände von 45 Hektar Größe soll hier entstehen mit einem Aufmarschgebiet von über 100 000 Quadratmetern, das 350 000 Personen Platz bietet. An entsprechender Entfernung vom Gedenkfeld sollen Ehrenräume von je 55 Meter Durchmesser erhalten werden, die den Helden des nationalsozialistischen Freiheitskampfes und den deutschen Helden geweiht werden.

Hamburgs Schiffstochter schrumpft zusammen. Als weiteres Zeichen des Wiederaufstiegs der deutschen Wirtschaft kann die Tatsache gewertet werden, daß die im Hamburger Hafen aufliegende Schiffstochter in der letzten Zeit erheblich zusammengeklumpt ist. Während in früheren Jahren die Zahl der im Waltershofer und Griefenwälder Hafen aufliegenden Schiffe fast an die 100 heranreichte, sind jetzt nur 17 Dampfer aufgelegt.

Deutsche besichtigt sich des Mordes an einem SA-Mann. Die Krakauer (Nordböhmern) Gendarmerie verhaftete die im Weinachten v. J. aus Hamburg eingewanderte reichsdeutsche Staatsangehörige Wier und ihren Geliebten Josef Scholze. Die Wier will aus Deutschland geflüchtet sein, weil sie im August v. J. anfänglich eines SA-Aufmarsches in Hamburg von ihrer Wohnung aus in die nationalsozialistische Marktholonne geschossen und hierbei einen SA-Mann getötet habe. Die Untersuchung ergab, daß Scholze an der Spitze einer weitverzweigten Schmugglerbande stand. Daraufhin erfolgten in der ganzen Umgebung Hausdurchsuchungen.

Frankösischer Offizier von seiner Frau erschossen. In Paris wurde ein französischer Offizier im Schlaf von seiner 29jährigen Frau durch einen Schuß in den Kopf getötet. Die Frau, die indonesischer Abstammung ist, schoß sich nach der Tat eine Kugel in die Brust. In schwerverletztem Zustand wurde sie ins Krankenhaus gebracht.

Betrüger Gerardy in Paris verhaftet. Die Pariser Polizei hat den ehemaligen Sekretär der französischen Gesamtschaft in Sofia, Gerardy, in seiner Wohnung verhaftet. Gerardy hatte bekanntlich in Sofia über 700 000 Franken aus der Gesamtschaftskasse entwendet und zahlreiche bulgarische Geschäftsleute schwer geschädigt.

In der Genfer Unterpfandungsangelegenheit wurde jetzt der Berner Leo Hugeli festgenommen. Für den verhafteten Angeklagten Jean Did von der Genfer Hypothekarkasse die Unterpfandungen von 500 000 Schweizer Franken größtenteils gemacht haben will. Dieser hatte eine Gesellschaft mit einem Kapital von 4 Millionen zur Ausbeutung von Petroleumquellen gegründet, die sich auf seinem Grundstück in Kolumbien befinden sollten. Das Grundstück war jedoch fast wertlos. Er täuschte die glänzende Geschichte vor, so daß dieser ihm Petroleumaktien abnahm und dafür 500 000 Schweizer Franken bezahlte.

Die Generalkonferenz in Bukarest.

In politischen Kreisen vertritt man die Auffassung, daß die jüngste Konferenz der Generalschäfer der Kleinen Entente in Bukarest sich weniger mit der Lage beschäftigte, die durch die deutsch-polnische Annäherung entstanden sei, als vielmehr mit der Situation. „Sie sich infolge der Vernichtung der Sozialdemokratischen Österreichs und der derzeitigen Abhängigkeit Österreichs von Italien herausgebildet hat.“

Japan denkt nicht an Krieg gegen Rußland.

Die Erklärungen des japanischen Ministerpräsidenten Satō waren in der letzten Zeit in der sowjetrussischen Presse in dem Sinne ausgelegt worden, daß im Frühjahr 1934 Japan die militärischen Operationen gegen Rußland beginnen werde. Im Auftrage des japanischen Ministerpräsidenten wird dazu mitgeteilt, daß diese Auslegung der Rede Satōs nicht den Tatsachen entspreche. Von irgendeinem Vorgehen Japans gegen Rußland könne keine Rede sein; Japan gedachte keineswegs, Rußland anzugreifen.

Insult in Gaff

Manus, 3. April.

Der amerikanische Millionär Samuel Insull, dessen Auslieferung an Amerika die türkische Regierung beschloß, ist jetzt in Vollzeigewahrsam genommen worden. Sein türkischer Rechtsanwalt hat Beschwerde eingelegt.

Volkswirtschaft

Das Handwerk im ersten Vierteljahr 1934

Das Gesamtbild der Volkswirtschaft im Handwerk zeigt unternennbar das Bild einer sich, wenn auch unterschiedlich, doch stetig durchgehenden Besserung. Zwar erstreckt sich die hauptsächlichste Betätigung noch auf die durch besondere Maßnahmen der Reichsregierung geförderten, Berufsgruppen des Bau- und Baunebengewerbes; jedoch beginnen auch in den anderen Handwerkszweigen die Aufträge und Umsätze zuzunehmen. Es zeigt sich hier die Rückwirkung der Besserung der Gesamtwirtschaft, die Wiedereingliederung arbeitsloser Volksgenossen in den Produktionsprozeß und die damit verbundene Steigerung des Gesamteinkommens der Bevölkerung. Die Zunahme der Beschäftigung im Handwerk hat dazu geführt, daß der Arbeitsmarkt des handwerklichen Arbeitskräften bedeutend enklatter werden konnte; in der Hauptsache tritt dies für die mit der Ausführung von Installationsarbeiten und Umbauten etc. betrauten Zweige zu, aber auch bei den anderen ist eine merkliche Milderung der Arbeitslosigkeit festzustellen. Eine große Zahl von Betrieben, die jahrelang stilllagen, konnte ihre Tätigkeit wieder aufnehmen und Hilfskräfte einstellen; im März waren meisten Betriebe, insbesondere im Baunebengewerbe, bis zur völligen Kapazität beschäftigt. Die Entlastung des Arbeitsmarktes durch das Handwerk kann mit rund 300 000 angelegt werden; der Hauptteil entfällt dabei auf das Bauhaupt- und Baunebengewerbe, wo teilweise bereits ein Stellenmangel eingetreten ist, nachdem die verflochtenen Krisenjahre zur Einschränkung der Vorgehenshaltung geführt haben. Die Rohstoffversorgung des Handwerks ist ausreichend, wenn auch im März in einzelnen Bezirken ein Mangel an Baumaterialien sich bemerkbar machte und längere Wartezeiten für besonders auf dem Baumarkt wie auch bei den Textilien festzustellen. Das landliche Handwerk klagt nach wie vor über die Härten, die es aus dem landwirtschaftlichen Stillstand und dem Entschlaffungsverfall zu tragen hat; insbesondere wird schmerzlich empfunden, daß die Verhältnisse sich seit Jahren hinziehen, ohne daß über die Aussichten des Fortschritts, über die Dauer desselben und die mögliche Dauer positiver Anhalte zu erlangen sind, wodurch die Verhältnisse in der Betrachtung dieser Verhältnisse verlorengeht. Eine Frage besonderer Bedeutung ist die Kreditfrage und dem Mehrerhalt von Aufträgen ausgenügt in Erscheinung trat. Dem Handwerk fehlt heute noch die Möglichkeit, einen Personalkredit für eine kurze Zeit oder einen mittelfristigen Kredit zu erhalten, ohne daß immer und in jedem Fall gleich bankmäßige Sicherheiten gegeben werden müssen. Von der Lösung dieser Frage aber hängt es weitere wirtschaftliche Entwicklung des Handwerks ab.

Swastika Schwarzes Brett der Partei.

Deffentl. Versammlung der deutschen Arbeitsfront

am Sonntagabend, den 7. 4., abends 1/9 Uhr im Saale des „Grünen Baums“. Es spricht der Arbeiter P. A. Kühne über: „Der Arbeiter im nationalsozialistischen Staat“.

Unkostenbeitrag 10 Pfg.

Deutsche Arbeitsfront
Ortsgruppe Spangenberg.

Hinein in die Deutsche Arbeitsfront.

Die Aufnahmeperiode ist vorübergehend aufgehoben. Aufnahme Donnerstag abends 8-9 Uhr im „Grünen Baum“. Aufnahmegebühr und ein Monatsbeitrag müssen gleich bezahlt werden.

Ortsgruppe Spangenberg.

Sammlung und Ausgabe von Naturalien.

Monat März 1934.

Die Einschlagessammlung Monat März 1934 brachte ein sehr gutes Ergebnis, obwohl zwei große Ortschaften, angeblich wegen vorheriger Quartierung, sich nur mit 10 bzw. 20 Pfund an der Sammlung beteiligten. Eine Gemeinde hat die Sammlung in Geld vorgenommen und wird den gesammelten Betrag an die Kasse der NS-Volkswohlfahrt abführen.

Es wurden an Speck, Fett, Wurst etc. abgeliefert: 610 Pfd. und 31 Stück Eier.

Bei diesem Liebeswerk stehen an erster Stelle die Gemeinden Weidenbach, Herlesfeld, Pfieffe und Wegebach. Hier zeigte sich der Nationalismus der Tat und wir wollen hoffen, daß dieses Beispiel alle Volksgenossen anspornet, Gemeinsam zu Eigenem zu stellen.

Im Ortsgruppenbereich Spangenberg konnten vor Ostern als Monatszuwendung März den Bedürfnissen aus den Naturalienpfeilen ausgedrückt werden: 1568 Pfd. Brot, 497 Pfd. Wehl, 293 Pfd. Speck oder Fett, 208 Pfd. Wurst, 75 Pfd. Vobnen, Erbsen oder Linsen, 38 Pfd. Reis, 45 Pfd. Zucker, 31 Eier.

Allen Spendern und Helfern möchte ich an dieser Stelle im Namen der Betreuten den Dank übermitteln.

Schon heute habe ich die feste Überzeugung, daß das Aufbauplan unseres Führers „Mutter und Kind“, den Grundpfeilern eines gesunden Volkes und Staates, gleiches Verständnis und gleichen Opferwillen in unserem Ortsgruppenbereich aber auch im ganzen deutschen Vaterland finden wird.

Jeder deutsche Volksgenosse muß es als seine Ehrenpflicht ansehen, Mitglied der N. S. Volkswohlfahrt zu werden. Den Helfern, welche in den nächsten Tagen listenmäßig für die N. S. W. werben, bitte ich im Interesse des Volksganges das richtige Verständnis zu zeigen.

Bereinstalender

Heute abends 1/9 Uhr Turnstunden für Turnfrauen u. B.D.M. auf dem Schulhof.

Karl Bender.